

1. / III. 1917

## Die Papierkrise der ungarischen Presse.

Budapest, 1. März.

Gegen die österreichischen Papierfabriken, die unter der Deckfirma Papierfabriksverband G. m. b. H. sich zu einem Kartell zusammengeschlossen haben, ist anlässlich der Papierkrise der ungarischen Presse die Beschuldigung erhoben worden, daß sie, wiewohl zur Lieferung von 91 Waggonen im Monat nach Ungarn verpflichtet, andauernd nur einen Bruchteil dieser Menge tatsächlich abgeliefert, dagegen ihre Lieferungsspflicht an die österreichischen Blätter voll erfüllt haben. Nun erhalten wir vom Papierfabriksverband eine Zuschrift, die das Vorgehen der österreichischen Papierfabriken der ungarischen Presse gegenüber zu rechtfertigen sucht.

Die Zuschrift lautet wie folgt:

Wien, 26. Februar 1917.

„Gehrte Redaktion!

Nachdem in Ihrem geschätzten Blatte vom 24. Februar der Standpunkt eingenommen wird, daß von uns eine Auslieferungstaktik schon seit vielen Monaten andauernd verfolgt wird, während einzelne Wiener Blätter über einen Papierüberfluß verfügen, so sehen wir uns veranlaßt, Sie zu ersuchen, von folgenden Aufklärungen gefälligst Kenntnis zu nehmen und dieselben auch Ihrem Leserkreise nicht vorzuenthalten.

In der ersten Hälfte Februar ist von unseren sämtlichen Fabriken nur eine einzige in Betrieb gewesen, alle übrigen mußten teilweise infolge Kohlenmangels, teilweise wegen Zellulosemangels, infolge Ausbleibens der von Ungarn zugesagten Zelluloselieferungen und auch aus anderen technischen Gründen den Betrieb einstellen. Es war uns dadurch weder möglich, den österreichischen noch den ungarischen Zeitungen die erforderlichen Quantitäten Druckpapier zuzustellen. Hierzu kam noch, daß der Betrieb der Bahnen eingestellt und an die Fabriken weder Rohstoffe befördert, noch das fertige Papier verladen werden konnte. Es konnten daher die in den Fabriken für die ungarischen Zeitungen vorrätigen Papiere ebensowenig zur Verwendung gelangen wie für die österreichischen.

Was nun die einzelnen Wiener Blätter anbelangt, die in unverminderter Seitenzahl erscheinen, so ersuchen wir gefälligst zur Kenntnis zu nehmen, daß dieselben nicht von uns mit Papier bedient werden und wir daher auf deren Umfang keinen Einfluß ausüben können, dies um so weniger, als sich diese Blätter reichliche Vorräte aus Deutschland beschafft haben. Abgesendet und in den Fabriken für die ungarischen Zeitungen angefertigtes Papier sind bis zum 24. Februar 64 Waggonen. Demnach ist in Betracht des oben angeführten Stillstandes von unseren Fabriken weit mehr, als den Produktionsverhältnissen entsprochen, geliefert worden.

Indem wir bitten, zur Steuer der Wahrheit von dieser Aufklärung Kenntnis zu nehmen, empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll

Papierfabriksverband Gesellschaft m. b. H.

Robert v. Fuchs. Vielguth.“

Der Papierfabriksverband möchte in seiner Rechtfertigung die Sache auf ein Nebengeleise schieben; er führt Entschuldigungsgründe für die säumige Lieferung im Monat Februar an. Ließe man auch alle diese Gründe gelten, so würde noch immer die Frage unbeantwortet bleiben: Was hat den Papierfabriksverband gehindert, im Verlaufe des ganzen verfloffenen Jahres, als der jetzt vorgezeichnete Kohlen- und Zellulosemangel und die jetzt als Ausflucht herbeigezerrten Bahnverkehrsstörungen nicht vorhanden waren, seine Lieferungsspflicht den ungarischen Blättern gegenüber zu erfüllen? Der Monat Februar ist eine Sache für sich gewesen. Aber die vielen Monate vor Februar sind es eben, die den Ausschlag geben. An die österreichischen Blätter hat der Verband andauernd die vereinbarten Mengen geliefert; die Folge davon ist, daß die Februarstockung in der Wiener Presse keine Beschränkung des Umfangs erfordert hat, die Wiener Blätter vielmehr nach wie vor in dem früheren Umfang erscheinen können. Die ungarische Papierkrise aber geht darauf zurück, daß die österreichischen Fabriken nach Budapest nie die vorgeschriebene Menge abgeliefert und dadurch eine derartige Erschöpfung der Vorräte verschuldet haben, daß schon die hemmenden Umstände eines einzigen Monats den gegenwärtigen unerhörten und unhaltbaren Zustand herbeiführen mußten.

Den Einwand, daß die beiden mit unverminderten Seitenanzahl erscheinenden Wiener Blätter nicht von dem Verband mit Papier bedient werden, können wir gleichfalls nicht gelten lassen; unseres Wissens bezieht eines der in Betracht kommenden Wiener Blätter einen Teil seines Papierbedarfes von Fabriken, die zum Verband gehören, während das andere zwar von einer einzigen Fabrik bedient wird, die jedoch gleichfalls dem Kartell angegliedert ist.

Die Zuschrift des Verbandes spricht von 64 Waggonen Zeitungspapier, die in den österreichischen Fabriken bis zum 24. Februar für die ungarischen Zeitungen angefertigt worden seien. Wir können diese Angabe nicht kontrollieren; was wir aber bestimmt wissen, das ist, daß bis zum 27. Februar alles in allem 24 Waggonen Papier aus Oesterreich nach Ungarn gekommen sind, also noch nicht einmal so viel, wie der Mangelstand der österreichischen Fabriken aus dem Monat Januar ausmacht.

Die gegen den Verband erhobene Beschuldigung hat gelautet: die österreichischen Fabriken haben ihre Pflicht, monatlich 91 Waggon Papier an die ungarische Presse zu liefern, niemals erfüllt. Die Beschuldigung ist durch die Zuschrift des Verbandes nicht entkräftet. Der wesentlichste Anteil an der Papierkrise der ungarischen Presse bleibt nach wie vor zu Lasten des österreichischen Papierfabriksverbandes.

An dieser Stelle möchten wir noch einen Druckfehler im Reichstagsberichte unseres Morgenblattes berichtigen. In der Begründung, die der Abgeordnete Wilhelm Simegi seiner Interpellation über die Papierkrise vorausschickte, wird der Papierbedarf der Budapestener Tagespresse mit „250 bis 260 Waggonen täglich“ angegeben; richtig soll es heißen: „Der Papierbedarf der Budapestener Tagesblätter beläuft sich auf 150 bis 160 Waggonen monatlich.“